

Deutsch-deutsche Blicke auf den Faschismus zwischen Erkenntnis und abwehrender Geschichtspolitik

2025 begingen die Deutschen den Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum 34. Mal gemeinsam. Der Rückblick auf die gemeinsame deutsche Geschichte jedoch erfolgte geteilt. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der jungen DDR galt der 8. Mai von Anbeginn als Tag der Befreiung. Er wurde als Feiertag begangen. (Hurrelbrink 2006; Rahr/Sergijenko 2020) Die westdeutsche Republik benötigte 40 Jahre, bis sie nicht umhinkam, diesen Tag ebenfalls als Tag der Befreiung zu deklarieren. Als Katalysator wirkte die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Bundestag. Drei Jahrzehnte nach Weizsäckers Rede jedoch bezeichnet ein Spitzenfunktionär einer im Bundestag vertretenen rechtsextremen Partei den Hitlerfaschismus als „Vogelschiss der Geschichte“ und schwadroniert vom Stolz auf die Soldaten der Wehrmacht. Der Führer des völkischen Flügels seiner Partei tut es ihm vielfach nach, und die Vorsitzende dieser Partei erklärt Hitler zum Kommunisten. (Ratzsch et al. 2025).

Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Als Repräsentanten Westdeutschlands seien die Sozialdemokraten Willy Brandt und Herbert Wehner genannt – der eine Heimkehrer aus dem schwedischen, der andere aus dem sowjetischen Exil. Es waren aber auch Heinrich Lübke und Hans Filbinger. Der eine forderte KZ-Häftlinge als Arbeitssklaven an, (Wagner 2001) der andere sprach als „furchtbarer Jurist“ noch 1945 Urteile als Marinerichter im Sinne des Nazi-Staates. (Haase 1996)

Repräsentanten der DDR waren unter anderem Horst Sindermann, der die Konzentrationslager Mauthausen und Sachsenhausen überlebte (Pätzold et al. 2000) und dem die Wortkreation des „antifaschistischen Schutzwalls“ nachgesagt wird, sowie Klaus Gysi, der nach der Internierung in Frankreich untertauchen konnte, um während des Zweiten Weltkrieges für die KPD in den antifaschistischen Widerstand nach Deutschland zu gehen – und sich angesichts seiner jüdischen Biographie dabei besonderer Gefahren aussetzte. (König 2005) Diese exemplarisch genannten Biografien sprechen für eine Besonderheit der östlichen Republik: Sie repräsentierte trotz politischer Widersprüche das „andere Deutschland“. Und damit wirkte sie als Magnet für viele Menschen aus dem Exil: Stefan Heym, Ernst Bloch, Bertolt Brecht, aber auch Fred und Maxie Wander, die beide das ideologische Syndrom, das tief verwurzelte faschistische Denken in Österreich, nicht ertrugen. (Wander 2009)

Es schien, als würde der Osten Deutschlands nach der Befreiung zum Sammelbecken für die Menschen aus Exil und Widerstand, der Westen hingegen zum Schonraum für ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher. Tatsächlich aber standen hüben wie drüben jene, die das Neue zu gestalten trachteten, vor einer Bevölkerung, die nicht nur tief verstrickt war in den NS-Staat, sondern zugleich von dessen Rassismus,

Antisemitismus und menschenverachtendem Weltbild geprägt war. Mit dieser Bevölkerung war kein Staat zu machen, kein bürgerlich-demokratischer und allemal kein sozialistischer. Gleichwohl war ohne sie auch kein Staat zu machen!

Erhebliche Bedeutung kam deshalb den Funktions- und Machteliten zu, die zentrale gesellschaftliche Bereiche in den beiden neuen deutschen Staaten bestimmten und damit auch, auf welchen Traditionen das Neue aufgebaut wurde.

Auf dem Gebiet der späteren DDR dominierten die politischen Kräfte, die aus Widerstand und Exil zielgerichtet in den Osten Deutschlands gingen, wie Heym (1990) das in seiner Autobiographie mit den daran gekoppelten Widersprüchen differenziert darlegt. In der britischen Zone wurde versucht, auf sozialdemokratische Kräfte zurückzugreifen. In der US-amerikanischen Zone kooperierte man mit den beiden großen Kirchen. Das spülte auch besonders politisch Belastete wieder in hohe und höchste Positionen. (Billstein 1984; Gießer/Gießer 1991: 92ff.)

Der Antifaschismus war vielfältig und doch konsensual

Die antifaschistischen Kräfte rekurrierten in ihrem Geschichtsbild auf Positionen, wie sie in Widerstand und Exil entwickelt wurden. Diese allerdings waren – wie der Widerstand gegen den Hitlerfaschismus – heterogen. Politische Gruppierungen, die sich vor der Machtübergabe an die NSDAP noch bekämpften, waren ab Januar 1933 zur Kooperation genötigt und kultivierten ihre Solidarität spätestens in den illegalen Lagerkomitees in den Konzentrationslagern (Adler 1960). Hier, wie auch im Exil und in der antifaschistischen Kulturszene, artikulierte sich indes eine spezifische Sicht auf den deutschen Faschismus und seine Ursachen, die Heinrich Mann ([1944-1946] 1975: 8) wie folgt zum Ausdruck brachte:

„Im Felde besiegt. [...] Das nächste Mal werden wir besser rüsten, sprechen einige der neuesten deutschen Gefangenen. So aber Gott will, werden sie nichts zu rüsten haben. Keine Rüstungsfabrikanten mehr, besonders nie wieder die Herrschaften, die sich die Industrie nannten. Hiermit beginnt die deutsche Erziehung, wenn nach Erziehung gefragt wird.“

Eine solche Sichtweise, das Interesse des Kapitals als ursächlich für Krieg und faschistische Herrschaft zu begreifen, durchzog den christlichen und den sozialdemokratischen Widerstand (SPD 1989), das westeuropäische Exil (Oppenheimer 1984), den kommunistischen Widerstand (Dimitroff 1935), aber desgleichen den jüdischen Widerstand gegen die Nazierrschaft (Schoeps 1997).

Diesen Konsens der antifaschistischen Kräfte artikulierte Max Horkheimer ([1939] 1988: 308f.) mit den Worten: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Hinter diese Position zurückzufallen benötigte nach dem 8. Mai 1945 und dem bald einsetzenden Kalten Krieg Zeit und eine rechte Geschichtspolitik (Steinbach 2012). Noch 1947 war angesichts dieses breiten Konsenses die

CDU genötigt, ihrem Wirtschaftsprogramm eine explizit antikapitalistische Diktion zu geben: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ (Zonenausschuss der CDU für die britische Zone 1947: 3)

Der Konsens des Widerstandes

Mann und Horkheimer haben den Minimalkonsens zur Erklärung der Ursachen des deutschen Faschismus durch das andere Deutschland benannt. Demzufolge handelt es sich beim System des deutschen Faschismus um ein Bündnis und vielfach einen Kompromiss zwischen der NSDAP und den Führungsschichten der deutschen Industrie, den Banken und den gesellschaftlichen Funktionseliten. Man stimmte überein bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, zur Einführung eines Systems der Reglementierung der Belegschaften in den Betrieben, kurz, einer Eliminierung der gesellschaftlichen Organisationen der arbeitenden Menschen. Das lag im vitalen Interesse der Kapitaleseite.

Die hierin erkennbare politische und wissenschaftliche Position fand sich bereits bei August Thalheimer ([1930] 1979) und Otto Bauer ([1936] 1979). Elemente dieses Denkens sind mit der von Georgi Dimitroff auf dem siebten Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 vertretenen Analyse an mehreren Stellen kompatibel. Letztere sollte in der späteren DDR bestimmend werden für die Interpretation der Ursachen der faschistischen Herrschaft.

Dimitroffs Rede wird zumeist als frühes Definitionsmerkmal des Faschismus im offiziellen Geschichtsbild der DDR betrachtet. Dabei wird seine Position aber auf die Aussage reduziert, der Faschismus an der Macht sei die „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitroff 1935: 6f.). Jedoch warnt er auch eindringlich, man dürfe sich „den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel [...] vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluss faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten“ (Dimitroff 1935: 9). Wie Thalheimer hebt er die Notwendigkeit einer faschistischen Massenbasis hervor, die erst die konkrete Umsetzung des Interesses der Kapitaleseite möglich mache. Allerdings bewertete Dimitroff die faschistische Massenbasis als weniger bedeutungsvoll und betonte primär das Kapitalinteresse an einer faschistischen Herrschaft. Den Gedanken der Bedeutung der Massenbasis verfolgt mit einer anders gelagerten Diktion auch Theodor W. Adorno, wenn er in seinen Studien zum autoritären Charakter von einer „Untersuchung zum potentiell faschistischen Individuum“ spricht (Adorno [1950] 1976: 1). Die darin enthaltene Erkenntnis war auch Dimitroff (1935) nicht fern, wenn er erkennt, dass die Naziideologie offenbar hegemonial geworden ist. Gleichwohl verkennt er auf fatale Weise die Bedeutung der faschistischen Massenbewegung und weicht hier von den Analysen der zeitgenössischen Autor*innen ab. Clara Zetkin ([1923] 2023: 4f.) betrachtet dies in ihrer Analyse des italienischen Faschismus wesentlich differenzierter, wenn sie die soziale Struktur der faschistischen Massenbasis hervorhebt, die proletarisch und kleinbürgerlich beeinflusst sei (Schütrumpf 2023). Dadurch exkulierte Zetkin keinen der Beteiligten.

Alle zeitgenössischen Versuche, die Ursachen des deutschen Faschismus auszumachen, auch die psychoanalytisch konnotierten (Reich [1933] 2020), waren Analysen der historischen Prozesse, die mit zisierten Differenzierungen den Faschismus in einer bestimmten Periode in fast allen kapitalistischen Staaten ausmachten. Mit ihm verbunden waren – so die übereinstimmenden Positionen – soziale

Bewegungen, die gemeinsame Merkmale aufwiesen: Ihrer sozialen Herkunft nach rekrutieren sie sich zumeist aus den bürgerlichen Mittelschichten, die von Krise und sozialem Abstieg bedroht waren. Ideologisch waren sie durch extremen Nationalismus, Antimarxismus, Autoritarismus und Militarismus gekennzeichnet. Rassismus und Antisemitismus waren kennzeichnend und ein scheinbar antikapitalistisches und pseudosozialistisches Auftreten. Die Organisationsstruktur faschistischer Bewegungen wurde als militaristisch und vom Führerprinzip durchdrungen beschrieben. Die politische Stoßrichtung richtete sich primär gegen die Arbeiterbewegung, mit dem Ziel ihrer terroristischen Zerschlagung. Der soziale Kern des Inhalts des Herrschaftssystems des Faschismus war die vollständige Unterwerfung der abhängig Beschäftigten unter das Kommando der Besitzer der Produktionsmittel. Tendenziell erfolgte – so die Beschreibung – die Verschmelzung der Führungsgruppen von Industrie, Finanzkapital, Militär und hoher Beamtenschaft mit den Führungsgruppen der faschistischen Partei zu einer neuen oligarchischen Führungsschicht (Kühnl 2014: 97).

Mit dem Einsetzen des Kalten Krieges schwand die Analyse des deutschen Faschismus und damit der Diskurs um seine Ursachen zugunsten einer interessengeleiteten Geschichtspolitik (Frei 1997). Zuvor, in den ersten zwei Jahren nach der Befreiung vom Faschismus, schien das politische Klima in Westdeutschland so desolat, wie zu vielen Hoffnungen berechtigt. Die Erfahrungen der Menschen mit dem Faschismus hatten zwischen den verschiedensten politischen und weltanschaulichen Positionen Brücken gebaut, die zu dem gemeinsamen Ziel hätten führen können, eine faschistische Entwicklung künftig unmöglich zu machen.

Personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Erste Brüche eines so erkennbaren Konsenses waren in den Westzonen bereits mit dem Beginn des Jahres 1946 beobachtbar (Badstübner/Thomas 1979). Die erfolgten Massenentlassungen von politisch Belasteten blieben nun aus, die politische Katharsis endete, als die Entnazifizierung den deutschen Ausschüssen übergeben wurde und im Mai 1948 die britische Besatzungsbehörde die Entlassung auch belasteter Personen verbot (Bauer 1947; Raiser 1947). Im Ergebnis darf für Westdeutschland von einer Renazifizierung gesprochen werden (Friedländer 1947). Hinzu kam, dass durch die Aufnahme des Art. 131 ins Grundgesetz und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen Bund, Länder und Kommunen verpflichtet wurden, 20 Prozent ihrer Personalmittel für den Personenkreis aufzuwenden, der gerade wegen seiner fatalen politischen Vergangenheit aus dem Dienst entlassen worden war. Durch den Zustrom von in der DDR Entlassenen oder nach Westdeutschland geflohenen Beamten waren nun in der jungen BRD mehr ehemalige NSDAP-Mitglieder im öffentlichen Dienst beschäftigt als vor dem 8. Mai 1945. (Krüger 1982) Diese Rehabilitation der Täter, gepaart mit den umfangreichen temporären Entlassungsmaßnahmen unmittelbar nach dem Mai 1945 hinterließen nicht nur bei den Betroffenen die Überzeugung von der moralischen Richtigkeit ihres Tuns vor dem 8. Mai. Dieser Konnex blieb für viele Jahre bestimmend für die Haltung breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung gegenüber der jüngsten deutschen Geschichte.

Zwar hatten sich die alliierten Besatzungsmächte auf einen gemeinsamen Modus der Entnazifizierung geeinigt, die politische Realität in den Besatzungszonen unterschied sich jedoch. Auch innerhalb der SBZ erfolgten keine einheitlichen Vorgehensweisen. Da die sowjetischen Stellen die Ausführung in die Hände der Antifaschistischen Ausschüsse legten, entstanden die ersten Ausführungsbestimmungen zur Entnazifizierung in der SBZ im Sommer 1945 auf der Ebene der Bezirke, in denen nach unterschiedlichen Kriterien entlassen wurde, zumeist aber nach präzisen, in den Bezirken entstandenen Listen mit Funktionen im NS-Staat und in der NSDAP und ihren Gliederungen. Gleichwohl blieb die Vorgehensweise

uneinheitlich. (Sareik 1964)

In offiziellen Verlautbarungen wurde in der DDR von einer vollständigen Säuberung des öffentlichen Lebens von ehemaligen Nazis gesprochen. Gleichwohl konnte davon angesichts der Verflechtung größter Teile der deutschen Bevölkerung in die nazistische Ideologie keine Rede sein. Dem entsprach der Befehl Nummer 201 vom 16. August 1947 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Er traf die Unterscheidung zwischen Kriegsverbrechern und nominellen ehemaligen Mitgliedern der NSDAP. Der letztgenannten Gruppe wurde das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt. Eine noch weitergehende Maßnahme war der Befehl Nummer 35 der SMAD vom April 1948, als die Entnazifizierungen in der SBZ zum Abschluss gebracht werden sollten. Dies galt allerdings nur für den Kreis der vorher als nominelle ehemalige NSDAP-Mitglieder eingestuften Personen, nicht für jene, die der aktiven Teilnahme an der faschistischen Politik, an Kriegsverbrechen und an Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden worden waren. (Mattedi 1966)

Im Ergebnis gab es weder drüben noch hüten eine personelle Erneuerung des öffentlichen Lebens, was angesichts der Verstrickung der Deutschen in ihre eigene Geschichte auch unmöglich war. Im Westen jedoch war es zu umfangreichen Rehabilitationen auch extrem Belasteter gekommen und einer personellen Re-Nazifizierung der Funktions- und Machteliten. Von ihnen war die junge DDR befreit worden. Das Bildungswesen als bedeutsamer Bereich der Vermittlung eines Bildes – auch über die jüngste deutsche Geschichte – war zwar nicht, wie behauptet, im Osten vollständig erneuert worden, wohl aber durch die „Neulehrerausbildung“ um mehr als 60 Prozent „verjüngt“ worden (Sareik 1964). Trotzdem erfolgten kritische Diskussionen angesichts der politischen Haltung auch und sogar dieses Teiles der Lehrenden zur Geschichte des deutschen Faschismus. (Syniawa 1961)

Dieser Erneuerungsprozess blieb im Westen nahezu vollständig aus und wurde dort, wo Ansätze dafür existierten, bald eingeebnet (Wulff 1964). In der Folge der widersprüchlichen Prozesse der Entnazifizierung in Westdeutschland darf von einer anfänglich flächendeckenden Bestrafung gesprochen werden. Besonders in der US-Zone wurde von „The German Mind“ ausgegangen, der Kollektivschuld aller (sic!) Deutschen, die in einem unmenschlichen Autoritarismus verhaftet seien. Der Bestrafung durch Entlassung folgte die Wiedereinstellung auch hoch belasteter Nazis zuungunsten derer, die nach der Befreiung als Unbelastete provisorisch eingestellt worden waren. Das entlastete jene moralisch, die Schuld auf sich geladen hatten. Hier ist eine Ursache für das Diktum der Mitscherlichs für die „Unfähigkeit zu trauern“ zu suchen (Mitscherlich/Mitscherlich 1968). In der Folge waren die Nachkriegszeit und die 1950er Jahre durch das Beschweigen gekennzeichnet. An die Stelle der Trauer traten Überlegungen der Revanche. So wurde 1951 auf Geheiß Konrad Adenauers eine Historikerkommission einberufen, die sich mit der Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten mit dem Ziel befasste, den Alliierten eine Denkschrift vorzulegen, die das erlittene Leid der Deutschen dokumentieren sollte. (Siebeck 2013)

Zwischen Erkenntnis und abwehrender Geschichtspolitik

Es folgte eine Phase der Befassung, auch ausgelöst durch den ersten Frankfurter Auschwitzprozess (1963-1965). Sie findet bis in die 1980er Jahre statt. Ihr folgte die dritte Phase des vermehrten Gedenkens der Opfer des faschistischen Terrors (Rhein 2024). Jetzt sind auch explizit marxistische Reflexionen der

Geschichte des deutschen Faschismus in Westdeutschland möglich (Abendroth/Gripenburg 1979; Opitz 1984; Kühnl 1985). Zeitgleich erfolgte eine Gegenbewegung, als Ernst Nolte mit seiner These vom kausalen Nexus zwischen den Verbrechen Stalins in der Sowjetunion und dem Holocaust den Historikerstreit auslöste. Am 24. Juli 1980 schrieb Nolte in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die Gulags in der Sowjetunion seien das faktische Prius vor Auschwitz gewesen (Nolte 1986). Der „Rassenmord“ der Faschisten sei aus Furcht vor dem älteren „Klassenmord“ durch die Bolschewiki entstanden. Nolte ([1987] 1989) vertiefte dies in seinem Buch *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945*.

Diesem Werk Noltes ging am 5. Mai 1985 die Kranzniederlegung von US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl auf der Kriegsgräberstätte Bitburg voraus. Dieser symbolische Akt der Verbundenheit der USA mit der Bundesrepublik fand vermutlich zielgerichtet an diesem Ort statt, wo keine US-Soldaten begraben liegen, sich aber viele Gräber von SS-Soldaten befinden. Elie Wiesel bat die Bundesregierung inständig um die Wahl eines anderen Ortes. „Dieser Platz ist nicht Ihr Platz, Ihr Platz ist bei den Opfern der SS“ (zit. nach Habermas 1985). Die Kranzniederlegung in Bitburg galt als Beleg für eine Geschichtspolitik, die den Versuch unternahm, einen Schlussstrich unter die deutsche Geschichte zu ziehen, um zu einer Normalität zu gelangen, die Reagan in seiner Rede auch ökonomisch begründete, als er von einem Neuerwachen der Freiheit sprach, das er auf die Bundesrepublik bezog und in gleicher Weise auf „die neuen Demokratien Südamerikas“, mit ihren „wieder erworbenen wirtschaftlichen Freiheiten“. Der faschistische Putsch im Chile Pinochets lag erst wenige Jahre zurück. (Schimmeck 2025: 09.05 Uhr)

Dieser Versuch der Normalisierung der Jahre des Naziterrors fiel auf fruchtbaren Boden in erheblichen Teilen der westdeutschen Bevölkerung. Die Presseberichterstattung bezüglich Bitburgs und besonders die darauf reagierenden Leser*innen ist erhellend. Durchgehend ist massive Abwehr erkennbar:

„Als ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS [gezogen], wehre ich mich dagegen, von den heutigen Meinungsmachern und Umerziehern als Verbrecher mit der politischen SS in einen Topf geworfen zu werden. Wir haben genau so wie die Wehrmacht getreu unserem Eid für Volk und Vaterland gekämpft. Will man nach 40 Jahren noch die Toten entnazifizieren?“ (Hübsch-Faust 1988: 1335)

Die Abwehrreaktion, keinerlei Schuld anzuerkennen, entsprach der Exkulpation der Westdeutschen, die sich auf der Grundlage der hegemonialen Totalitarismuskonzeption als Opfer eines totalitären Systems inszenieren konnten, in dessen Herrschaftsgefüge die Anpassung und das Mit-Tun der Deutschen durch Terror und Gewalt erzwungen wurde. So konnten sich die Täter*innen als Opfer stilisieren. Zugleich diente die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus dazu, Denkmuster, wie den vor 1945 erworbenen Antikommunismus beizubehalten, was der psychischen und gesellschaftlichen Stabilität diente, konnte er doch im Kalten Krieg in Stellung gegen die Gesellschaften des Staatssozialismus gebracht werden.

Anders als in der wissenschaftlichen Diskussion blieben die Schulen neben differenzierten Beispielen (Mickel et al. 1993: 288ff.) in einigen Bundesländern bis zum heutigen Zeitpunkt der Totalitarismuskonzeption verpflichtet (Kühnl/Assling 1973: 204; Rhein 2019: 86ff.). Das gilt ebenso für den öffentlichen Diskurs (Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2020). An keiner Stelle wurden differenzierte Einlassungen zum komplex diskutierten Totalitarismusbegriff (vgl. Arendt

[1955] 2001; Popper [1945] 2003) ins Feld geführt. Er wurde nurmehr in vulgärer Vereinfachung instrumentalisiert.

In der DDR bestand eine weitgehende Kontinuität der Thesen Dimitroffs. Das galt besonders für die Bearbeitung des Themas in den Schulen (Nimtz 1976: 145ff.). Gleichwohl galt die Haltung von Wilhelm Pieck fort, die er am 19. Juli 1945 auf einer Kundgebung der KPD zum gesellschaftlichen Neubeginn formulierte: „Ohne diese Erkenntnis über seine Mitschuld und Mitverantwortung wird unser Volk nicht die ernststen Lehren aus dieser Katastrophe ziehen [...] und sich nicht den Platz in der Gemeinschaft der anderen Völker erobern.“ (Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1979: 117) Anders hingegen argumentierten Georg Klaus und Manfred Buhr (1972: 364): Die „[...] Niederlage des Faschismus war nicht eine Niederlage des vom Faschismus unterjochten deutschen Volkes, sondern [...] ein Sieg für die deutsche Arbeiterklasse, die zu keiner Zeit eine Stütze des deutschen Faschismus gewesen ist.“ In der populären vielbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aber wird die faschistische Massenbasis und damit die Schuld der deutschen Bevölkerung deutlich formuliert, wenn der eklektizistischen Ideologie der Nazis breiter Raum eingeräumt und betont wird, wie dies der erfolgreichen „Irreführung der Volksmassen“ gedient habe (Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED 1968: 27). Noch deutlicher wurde dieser Gedanke vom Historiker Wolfgang Ruge formuliert, der in erkennbarer Nähe zu Thalheimer den Bündnischarakter zwischen faschistischer Partei und Finanzkapital anspricht und die Notwendigkeit einer Massenbasis für die erfolgreiche Machtübergabe an die NSDAP betont (Ruge 1978: 348-351). Die faschistische Massenbasis wurde von namhaften Historikern der DDR vielfach herausgearbeitet. (Pätzold/Weißbecker 1981: 108ff.)

Dieser Betrachtung entspricht neben vielen anderen Beispielen der Film von Konrad Wolf *Ich war 19*. Mitnichten werden die Deutschen des Jahres 1945 als resistent gegenüber der Naziideologie beschrieben, sondern erfahren jeweils starke Differenzierungen in ihren Biographien und Haltungen. Durch die episodische Struktur des Films werden tiefe Einblicke bei anhaltender Perspektive eines Ich-Erzählers möglich. Zudem deutet der Film historische Sachverhalte an, wie Übergriffe von Sowjetsoldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung, die in der Geschichtsschreibung der DDR tabuisiert waren. Was Film und Geschichtsschreibung der DDR jedoch herausarbeiteten, war das fatale Mitläufertum großer Teile der deutschen Bevölkerung, die damit erkennbare Schuld der Deutschen und die Existenz einer faschistischen Massenbasis als Voraussetzung für den Machtgewinn und -erhalt des Faschismus.

Deutlich wird, wie in der DDR an ein Bild über den Faschismus angeknüpft wird, das auf antifaschistische Traditionen verweist. Dabei war gleichwohl eine Tendenz zu Vereinfachungen erkennbar, indem die Position von Dimitroff perpetuiert wurde. Dies gilt jedoch *nicht* für den wissenschaftlichen Diskurs.

Ein solches Anknüpfen an Traditionen des Antifaschismus, des Widerstandes und des Exils war in Westdeutschland nur unmittelbar nach der Befreiung erkennbar. In dem von der Social-Media-Plattform X übertragenen Gespräch zwischen Elon Musk und der AfD-Vorsitzenden, in dem letztere Hitler als Kommunisten bezeichnet, wird mittels dieser abstrus anmutenden Position zugleich eine Kontinuität in der bundesdeutschen Geschichtsbetrachtung deutlich. Die im Folgenden gewählten Zitate zu einer unterstellten Äquivalenz von KPD und NSDAP aus Materialien für die Schulen möge dies verdeutlichen: „In einem für frühere und heutige Zeiten unvorstellbaren Maße wurden die politischen Kämpfe auf der Straße ausgetragen. [...] Am radikalsten waren die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Sie hatten auch die größten Verluste. Beiden Parteien ging es vor allem um die Zerstörung der bestehenden Ordnung.“ (Tenbrock 1966: 108) KPD und NSDAP, als ungleiche Brüder ins Feld geführt, waren getragen vom „Vernichtungswillen.

[...] In den Parlamenten arbeiteten die beiden Parteien [...] eng zusammen, um durch die Addition ihrer Stimmen, durch Obstruktion oder einfach durch Entfachung von Tumulten jede konstruktive Arbeit zu verhindern“ (Nationalsozialismus 1978: 13).

Eingedenk dieser an westdeutschen Schulen vertretenen Positionen nimmt es nicht Wunder, wenn die Glaubenssätze einer Alice Weidel auf fruchtbaren Boden fallen. Eine Kontinuitätslinie ist nicht zu leugnen. Wer von dieser Diffusion offiziöser Geschichtsbetrachtung weiß und die an Dimitrioff orientierte Faschismusbetrachtung in der DDR verunglimpft, dem darf mit Fug und Recht der Versuch unterstellt werden, laut nach dem Dieb zu rufen, auch wenn es in der Tat komplexere und differenziertere Interpretationen des deutschen Faschismus seitens antifaschistischer Traditionslinien gibt.

Angesichts der Themenstellung wurde im vorliegenden Aufsatz die Reflexion der Geschichte des deutschen Faschismus in den Blick genommen, nicht die Auswirkungen dieser Reflexion auf aktuelles gesellschaftliches Geschehen. Sind Erklärungsansätze für Ethnozentrismus, rechte Gewalt und eine Tendenz vieler Deutscher, eine rechtsextreme Partei zu wählen, auch in der Diffusion dominierender Geschichtsbilder zu suchen? Antworten bietet hier ein Aufsatz von Jörg Arnold (2020). Zumindest ermöglichen Geschichtsbilder, die systemische Ursachen zum Beispiel von rechter Gewalt ausklammern, einen Umgang mit rechter Gewalt, der sie zu unpolitischer Gewalt erklärt und eine unübersehbare Fülle immer gleicher rassistischer Vorfälle zu Einzelfällen herabwürdigt, denen keine ernste gesellschaftliche Gefahr zugrunde liege.

Geschichtsbilder aus Ost wie aus West tendierten zu fatalen Vereinfachungen. Die intensivere Zurkenntnisnahme der klugen Einlassungen einer Zetkin hätte in der DDR geholfen. Die Bezugnahme auf eine auf dummliche Weise vereinfachte Totalitarismuskonstruktion im Westen war der durchschaubare Versuch des Kaschierens der ökonomischen Strukturen, die eine faschistische Herrschaft begünstigen. Die aktuelle historische Entwicklung macht diese Gefahr virulent.

Dr. Wolfram Grams ist Oberstudiendirektor a. D. Er hat Sozialpädagogik, Politik und Philosophie in Hildesheim, Hannover und Marburg studiert und bei Reinhard Kühnl mit einer Arbeit zur Kontinuität nazistischer Eliten im Bildungswesen von BRD und DDR promoviert. Er war langjährig als Lehrbeauftragter an Hochschulen, in der öffentlichen Verwaltung und in der gewerkschaftlichen Arbeit. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zur Allgemeinen Pädagogik, Sozialarbeit, Schule und Bildungspolitik. Langjährige Tätigkeit als Direktor beruflicher Schulen mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik. Grams ist stellvertretender Vorsitzender der Humanistischen Union und Mitglied der Redaktion der **vorgänge**.

Literatur

Abendroth, Wolfgang/Griepenburg, Rüdiger (Hrsg.) 1979: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die

sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt am Main.

Adler, H. S. 1960: Selbstverwaltung und Widerstand in den Konzentrationslagern der SS, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 8, H. 3, S. 221–236.

Adorno, Theodor W. [1950] 1976: Studien zum autoritären Charakter, 2. Aufl., Frankfurt am Main.

Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2020: Menschenrechte und Freiheit gegen totalitäre Bedrohung verteidigen. Internationaler Tag der Menschenrechte, Berlin, <https://www.cduscsu.de/presse/pressemitteilungen/menschenrechte-und-freiheit-gegen-totalitaere-bedrohung-verteidigen>.

Arendt, Hannah [1955] 2001: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, 8. Aufl., München/Zürich.

Badstübner, Rolf/Thomas, Siegfried 1979: Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955. Restauration und Spaltung. 2. Aufl., Köln.

Bauer, Leo 1947: Entnazifizierung – Renazifizierung, in: *Wissen und Tat*, H. 12/13, S. 2–9.

Bauer, Otto [1936] 1979: Der Faschismus, in: Abendroth, Wolfgang/Griepenburg, Rüdiger (Hrsg.): *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt am Main, S. 143–168.

Billstein, Reinhold 1984: Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945. 2. Aufl., Köln.

Dimitroff, Georgi 1935: Arbeiterklasse gegen Faschismus. Bericht erstattet am 2. Auf. 1935 zum 2. Punkt der Tagesordnung des Kongresses: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus, Moskau, Leningrad.

Frei, Norbert 1997: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2. Aufl., München.

Friedländer, Ernst 1947: Renazifizierung, in: *Die Zeit*, Nr. 14, S. 1.

Gießer, Rena/Gießer, Thomas 1991: Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis; eine Dokumentation, Frankfurt am Main.

Haase, Norbert 1996: „Gefahr für die Manneszucht“. Verweigerung und Widerstand im Spiegel der Spruchtaetigkeit von Marinegerichten in Wilhelmshaven (1939 – 1945), Hannover.

Habermas, Jürgen 1985: Die Entsorgung der Vergangenheit, in: *Die Zeit* vom 17.05.1985.

Horkheimer, Max [1939] 1988: Die Juden und Europa, in: Ders.: *Gesammelte Werke*, Bd. 4., Frankfurt am Main.

Hübsch-Faust, Monika 1988: Schlussstrich-Mentalität. Bitburg, Waldheim und Höfer oder: Über den Umgang mit Vergangenheit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 11, S. 1330-1340.

Hurrelbrink, Peter 2006: Befreiung als Prozess. Die kollektiv-offizielle Erinnerung an den 8. Mai 1945 in der Bundesrepublik, der DDR und im vereinten Deutschland, in: Schwan, Gesine/Holzer, Jerzy/Lavabre, Marie-Claire/Schwelling, Birgit (Hrsg.): *Demokratische politische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich*, Wiesbaden, S. 71–119.

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1968: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln. Kapitel IX: Periode von Herbst 1929 bis Januar 1933, Berlin/DDR.

Popper, Karl R. [1945] 2003: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2: Falsche Propheten - Hegel, Marx und die Folgen, 8. Aufl., Tübingen.

König, Jens 2005: Gregor Gysi. Eine Biographie, 2. Aufl., Berlin.

Krüger, Wolfgang 1982: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal.

Kühnl, Reinhard 1985: Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer

Demokratie, Reinbek bei Hamburg.

Kühnl, Reinhard 2014: Faschismustheorien. Ein Leitfaden, 2., bearb. Neuaufl., Heilbronn.

Kühnl, Reinhard/Assling, Reinhard (Hrsg.) 1973: Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, Reinbek bei Hamburg.

Mann, Heinrich [1944-1946] 1975: Über Schuld und Erziehung, in: *Freies Deutschland* (Reprint Leipzig).

Mattedi, Norbert 1966: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, Bonn.

Mickel, Wolfgang W./Waßong, Eckart/Henning, Bernd (Hrsg.) 1993: Politik für berufliche Schulen. Arbeits- und Lernbuch für den politisch-zeitgeschichtlichen Unterricht, 2. Aufl., Berlin.

Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete 1968: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München/Zürich.

Nationalsozialismus 1978 (Neudruck), in: *Informationen zur Politischen Bildung*, Nr. 123/126/127.

Nimtz, Walter (Hrsg.) 1976: Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9, 7. Aufl., Berlin/DDR.

Nolte, Ernst 1986: War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als Auschwitz? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 06.06.1986.

Nolte, Ernst [1987] 1989: Der europäische Bürgerkrieg 1917 - 1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus. 4. Aufl., Frankfurt am Main/Berlin.

Opitz, Reinhard 1984: Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt am Main.

Oppenheimer, Max 1984: Erziehung im Exil. Die Freie Deutsche Hochschule in Großbritannien, in: *Informationen, Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 e. V.*, H. 1, S. 6–7.

Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred 1981: Geschichte der NSDAP 1920 – 1945, Köln.

Pätzold, Kurt/Weissbecker, Manfred/Kühnl, Reinhard/Schwarz, Erika (Hrsg.) 2000: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, Köln.

Rahr, Alexander/Sergijenko, Wladimir (Hrsg.) 2020: Der 8. Mai. Geschichte eines Tages, Berlin.

Raiser, Ludwig 1947: Entnazifizierung. Politische Säuberung oder Bestrafung, in: *Göttinger Universitätszeitung*, H. 3.

Ratzsch, Jörg/Venohr, Stella/Schmitt-Roschmann, Verena 2025: Merkel war „erste grüne Kanzlerin“. Im Online-Gespräch mit Musk rechnet AfD-Spitzenkandidatin Weidel mit der ehemaligen Bundeskanzlerin ab, in: *Weser Kurier* vom 10.01.2025, S. 4.

Reich, Wilhelm [1933] 2020: Massenpsychologie des Faschismus. Der Originaltext von 1933, Gießen/Baden-Baden.

Rhein, Katharina 2019: Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die Pädagogik, Weinheim.

Rhein, Katharina 2024: Erziehung nach Auschwitz heute. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderung für eine kritische Bildungsarbeit, in: *Hawel, Marcus/Kalmring, Stefan* (Hrsg.): *(Ohn-)Macht überwinden! Politische Bildung in einer zerrissenen Gesellschaft*, Berlin, S. 135–157.

Ruge, Wolfgang 1978: Deutschland von 1917-1933. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik, 3. Aufl., Berlin/DDR.

Sareik, Ruth 1964: Die Demokratisierung des Grundschulwesens in der Provinz Sachsen vom Mai 1945 bis zum Erlass des Schulgesetzes im Mai 1946, Berlin.

Schimmeck, Tom 2025: Gedenken und Kränze an einem Friedhof auch für SS-Soldaten, in: *Deutschlandfunk* vom 05.05.2025, 09:05 Uhr, <https://www.deutschlandfunk.de/bitburg-kontroverse-waffen-ss-1985-100.html>.

Schoeps, Julius 1997: Gab es einen jüdischen Widerstand? Abwehrstrategien gegen Hitler und den NS-Terror, in: *Stiftung 20. Juli 1944* vom 18.07.1997, https://stiftung-20-juli-cms.clients.fabian.mu/storage/uploads/2018/02/28/5a96f0e92d1371997_schoeps.pdf.

Schütrumpf, Jörn 2023: Clara Zetkin – die erste Analytikerin des Faschismus, in: *Rosa-Luxemburg-Stiftung* vom 13.06.2023, <https://www.rosalux.de/news/id/50572/clara-zetkin-die-erste-analytikerin-des-faschismus>.

Siebeck, Cornelia 2013: „In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar“? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Assmannschen Gedächtnisparadigma, in: Lehmann, René/Öchsner, Florian/Sebald/Gerd (Hrsg.): *Formen und Funktionen sozialen Erinnerns. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen*, Wiesbaden, S. 65–90.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1989: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Dritter Jahrgang 1936., 7. Aufl. 7 Bde., Frankfurt am Main.

Steinbach, Peter 2012: *Geschichte im politischen Kampf. Wie historische Argumente die öffentliche Meinung manipulieren*, Bonn.

Syniawa, Alois 1961: *Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei bei der Durchführung der demokratischen Schulreform im Land Brandenburg in den Jahren 1945 – 1949*, Berlin.

Tenbrock, Robert Hermann 1966: *Europa und die Welt. Das 20. Jahrhundert*, Ausg. B., Paderborn/Hannover.

Thalheimer, August [1930] 1979: Über den Faschismus, in: Abendroth, Wolfgang/Gripenburg, Rüdiger (Hrsg.): *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt am Main, S. 19–38.

Wagner, Jens-Christian 2001: Massengrab an der Raketenrampe. Historiker Jens-Christian Wagner über Heinrich Lübkes Rolle beim Einsatz von KZ-Häftlingen in Peenemünde, in: *Der Spiegel*, Nr. 22, S. 218.

Wander, Fred 2009: Das gute Leben oder von der Fröhlichkeit im Schrecken. Erinnerungen, München.

Wulff, Hinrich 1964: Im Jahrfünft der Zeitschwelle. 1945 - 1950. Sachliches und Persönliches aus schweren Jahren bremischer Schulgeschichte, Bremen.

Zetkin, Clara [1923] 2023: Der Kampf gegen den Faschismus Bericht auf dem Erweitertenplenium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20. Juni 1923. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale), in: *Marxistische Blätter*, H. 2, Beilage, S. 1–13.

Zonenausschuss der CDU für die britische Zone 1947: CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus. Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU und die grundlegenden Anträge der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Ahlen.

Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, Bd. 3, 1979, 3 Bde., Berlin.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-250/publikation/deutsch-deutsche-blicke-auf-den-faschismus-zwischen-erkenntnis-und-abwehrender-geschichtspolitik/>

Abgerufen am: 16.08.2026